

3 *70 Jahre Wahlrecht - was haben sie gebracht?*

Die Verhältnisse in Zahlen

Der Anteil der Frauen an der Bevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland betrug 1986 im Jahresdurchschnitt 52,1%¹ und hat sich in den vergangenen Jahren auch nie wesentlich verändert.

Dieses Bild spiegelt sich jedoch im politischen Leben unseres Landes - aber auch anderer Länder - nicht wider; hier spielen Frauen eine untergeordnete Rolle, ja eine Nebenrolle, und das durchgängig seit Jahrzehnten und quer durch alle Parteien und Parlamente.

In diesem Kapitel soll anhand von Zahlen dargestellt werden, inwieweit Frauen an politisch relevanten Schnittstellen der Parteidemokratie erscheinen und ob sich hier in den letzten Jahren und Jahrzehnten Veränderungen zeigen.

Es soll aber auch gezeigt werden, wie Frauen sich als Wählerinnen verhalten, ihr aktives Wahlrecht nutzen und damit Einfluß auf politische Zielsetzungen nehmen.

3.1 Frauen in den Parteien

Die Mitgliedschaft in politischen Parteien ist in der Bundesrepublik Deutschland nicht besonders populär. Nur 45% aller wahlberechtigten BürgerInnen sind Mitglieder in Bundesparteien.

Bereits hier zeigt sich eine deutliche Zurückhaltung bei den Frauen, die nur zu 1,8% organisiert sind, wohingegen die Männer immerhin 7,7% aufweisen können.²

Von den ca. 1,9 Mio. Parteimitgliedern sind 1985 22,9% Frauen gewesen; ihr Anteil betrug noch 1974 nur 18,2% und stieg in den dazwischenliegenden Jahren kontinuierlich, obwohl die Anzahl der Mitglieder insgesamt bei der Christlich-Demokratischen Union (CDU), der Sozialdemokratischen Partei

¹ Gerechnet nach den Angaben des Statistischen Jahrbuches 1988, S. 62

² Vgl. Hoecker (1987), S. 40

Deutschlands (SDP) und der Freien Demokratischen Partei (F.D.P.) rückläufig ist.³

Der Anteil der weiblichen Mitglieder in den einzelnen Parteien lag 1987⁴ bei:

- 25,9% in der SPD,
- 22,4% in der CDU,
- ca. 25,0% in der F.D.P.,
- ca. 30,0% bis 40,0% bei den GRÜNEN⁵

Die F.D.P. konnte in den Jahren 1971 bis 1987 bis 11% eine relativ höhere Zuwachsrate verzeichnen als SPD und CDU mit 8,1% bzw. 8,3%.

Aus dem Rahmen fällt die Partei DIE GRÜNEN, die trotz der unsicheren Datenlage als Spitzenreiterin bezeichnet werden kann (vgl. Tabelle 1).⁶

In absoluten Zahlen waren 1987 in der SPD 236.090⁷, in der CDU ca. 158.100⁸, in der F.D.P. ca. 16.800⁹ und bei den GRÜNEN ca. 15.240¹⁰ Frauen als Mitglieder eingeschrieben.

Obwohl der Anteil der Frauen in den Parteien in absoluten Zahlen stark differiert, ist doch bei der prozentualen Wiedergabe der Mitgliederzahlen ein Angleichen festzustellen. Alle Altparteien haben mittlerweile mehr als 22% weibliche Mitglieder, und überall ist der Trend der vergangenen 20 Jahre kontinuierlich steigend. Somit kann von einer stetig größeren Orga-

3 Vgl. Hoecker (1987), S. 41; Hoecker läßt bei dieser Zusammenstellung die Partei DIE GRÜNEN außer acht.

4 Laut schriftlichen Mitteilungen der jeweiligen Partei.

5 Da für DIE GRÜNEN weder bei der Bundesgeschäftsstelle noch bei den Landesgeschäftsstellen geschlechtsspezifische Mitgliederkarteien geführt werden, kann der Anteil nur anhand vorliegender Zahlen geschätzt werden (Niedersachsen 1985: 31%; Berlin 1980: 36,7%; Bremen 1989: 43,5% und Baden-Württemberg 1989: 35,5%).

6 Alle Tabellen und Graphiken befinden sich im Anhang dieses Buches.

7 Für die Jahre 1946 bis 1987 lag mir eine schriftliche Zusammenstellung der SPD vor.

8 Errechnet aufgrund der schriftlichen Mitteilung der CDU

9 Errechnet aufgrund der schriftlichen Mitteilung der F.D.P.

10 Bei einem Gesamtmitgliederbestand von 43.543 (lt. Mitteilung der Bundesgeschäftsstelle) wurde ein Frauenanteil von 35% zugrunde gelegt.

nisationsbereitschaft der Frauen gesprochen werden, und zwar unabhängig vom politischen Standort. Die Tatsache, daß in absoluten Zahlen mehr Frauen in der SPD eingeschrieben sind als in der CDU, sagt eher etwas über die Organisationsbereitschaft bestimmter Wählergruppen aus als über die von Frauen.

Im folgenden wird sich zeigen, daß Frauen bis Mitte der 80er Jahre in keinem Parlament entsprechend ihres Mitgliederanteils an den Parteien vertreten sind und es auch niemals waren. Diese Tatsache macht innerparteiliche Machtstrukturen sichtbar, denn bei der KandidatInnenaufstellung haben immer die Männer die Stimmenmehrheit und damit die Entscheidungsgewalt über die Vergabe sicherer Wahlkreise oder Listenplätze, und das wirkt sich ganz offensichtlich zum Nachteil der Frauen aus.

Deutlich wird das bei einem Vergleich zwischen den Kandidaturen von Frauen und ihrer Wahl in das jeweilige Parlament, denn der Anteil der Bundestagskandidatinnen ist seit 1949 fast kontinuierlich gestiegen. Der Anteil der weiblichen Bundestagsabgeordneten blieb jedoch immer unter dem der Kandidaturen (vgl. Tabellen 2 und 4). Hierzu muß jedoch angemerkt werden, daß gerade "die kleinen Parteien des linken Spektrums"¹¹ relativ viele Frauen aufstellen und damit den Prozentsatz der Kandidatinnen maßgeblich erhöhen, obwohl sie als Partei bei den Wahlen relativ chancenlos sind.

Unabhängig davon ist jedoch zu erkennen, daß die vermehrte Kandidatur von Frauen sich kaum auf deren parlamentarische Repräsentanz auswirkte. So wurden 1980 von den Kandidaten der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P. 37,7% gewählt, von den Kandidatinnen der gleichen Parteien jedoch nur 18,3%.¹²

Das macht deutlich, daß die sicheren Listenplätze ebenso den Männern vorbehalten sind wie die sicheren Wahlkreise, was in nicht unerheblichem Maße ausschlaggebend ist für den Frauenanteil in den Parlamenten.

11 Herzog (1983); zit. nach Hoecker (1987), S. 76; gemeint sind DKP, KBW, DIE GRÜNEN

12 Vgl. Hoecker (1987), S. 76 f.

3.2 Frauen in Parlamenten

An dieser Stelle soll der Frauenanteil in den verschiedensten Parlamenten dargestellt werden, denn nur über diese Schaltzentralen der politischen Macht können Frauen direkten Einfluß auf politische Entwicklungen nehmen. Wenn auch der außerparlamentarische Einfluß von Interessengruppen nicht zu unterschätzen ist, so werden doch die politisch relevanten Entscheidungen in den Volksvertretungen gefällt, was die politische Repräsentanz von Frauen in diesen Gremien so bedeutend macht.

3.2.1 Frauen im Reichstag

Nachdem Frauen 1919 das aktive und passive Wahlrecht erhalten haben, zogen sie sofort mit 8,7% in die Nationalversammlung und mit 8% in den Reichstag ein.

In den folgenden Reichstagen fiel ihr Anteil fast stetig von Wahljahr zu Wahljahr, bis sie dann 1933 wieder verschwunden waren, da die Nationalsozialisten den Frauen andere Aufgaben als die der Politikerinnen zugeordnet hatte (vgl. hierzu Tabelle 3).

3.2.2 Frauen im Deutschen Bundestag

Im Parlamentarischen Rat 1948 kamen 70 Abgeordnete der elf westdeutschen Länder sowie Westberlins zusammen, um die Vorbereitung und Abfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zu beraten.

Unsere Verfassungs'-Väter' (wie sie noch heute gern genannt werden) hatten vier Verfassungs'-Mütter' in ihrer Mitte, was einem Anteil von 5,7% entspricht. Eine von ihnen, Elisabeth Selbert, hat dabei maßgeblich für die Gleichberechtigung der Frauen kämpfen müssen (vgl. Kapitel 2.2).

Die zehn folgenden Bundestage hatten zu Beginn ihrer Legislaturperioden nie mehr als 9,8% Frauen in ihren Reihen; nur einmal überspringt der Frauenanteil die 10%-Marke um 0,2%, nämlich am Ende der Legislaturperiode des Zweiten Deutschen Bundestages.

Erst durch die Wahl zum Elften Deutschen Bundestag gab es eine deutliche Steigerung des Frauenanteils auf 15,4%. Für alle Parteien zogen mehr Frauen als im Vorjahr in das höchste deutsche Parlament ein. Die deutlichste Steigerung zeigt sich bei den GRÜNEN, die mit 37,7% bereits die Spitzenreiter der Zehnten Legislaturperiode waren und nun 56,8% Frauen in

den Bundestag schickten. Aber auch die SPD erreichte mit 16,1% ihren bisher höchsten Frauenanteil in diesem Parlament, während CDU/CSU und die F.D.P. hinter bisherige Höchstzahlen zurückfielen.

Rein rechnerisch ist der relativ hohe Prozentsatz von 15,4% Frauen im Bundestag der Elften Legislaturperiode im wesentlichen auf die Partei DIE GRÜNEN zurückzuführen.

Insgesamt läßt sich jedoch kein kontinuierliches Bild von der Entwicklung des Frauenanteils im Bundestag zeichnen, da es sowohl in der Gesamtheit aller Frauen als auch bezüglich der Anteile der Frauen an den einzelnen Parteien prozentuale Höhen und Tiefen gibt, die zu sehr unterschiedlichen Zeitpunkten auftraten und somit nicht als allgemeine Trends zu analysieren sind (vgl. Tabelle 4).

So hatte beispielsweise die SPD in den 50er Jahren mehr Frauen in ihrer Fraktion als in den Folgejahren; erst 1987 überspringt sie die relativ hohen Anteile von 1953 (13%) und 1957 (12,2%).

Die F.D.P. hatte in der Achten und Neunten Wahlperiode die meisten Fraktionsfrauen. In der CDU/CSU gab es dagegen keine auffälligen Veränderungen (vgl. Tabelle 4).

Auffällig ist jedoch die Tatsache, daß bis auf eine Ausnahme (1969) am Ende der Legislaturperioden immer mehr Frauen im Bundestag saßen als am Anfang - ein Beweis dafür, daß Frauen relativ häufiger nachrücken als Männer.

Das untermauert die Feststellung, daß die sicheren Wahlkreise und Listenplätze eher von Männern besetzt werden und die Frauen erst nach deren Ausscheiden zum Zuge kommen, denn von 1949 bis 1980 sind nur 75 Frauen über ein Wahlkreismandat in den Bundestag eingezogen, aber 2.218 Männer.¹³

Hinzu kommt, daß Frauen nie entsprechend ihrem Mitgliederanteil in den Parteien berücksichtigt wurden. Bis auf die F.D.P. haben alle Parteien, so weit Zahlen vorliegen, immer mehr als 10% Frauenanteil an den Mitgliedern aufweisen können; im Bundestag fanden sich aber im Durchschnitt lediglich 8,6% wieder.

In den Bundestagen der Ersten bis Zehnten Legislaturperiode haben 173 Frauen diesem höchsten Parlament angehört, davon 70 der Fraktion der CDU/CSU, 68 der Fraktion der SPD, 19 der Fraktion der F.D.P. sowie sechs

13 Vgl. Potthast (1986), S. 24

den sonstigen Gruppierungen. Somit ist die Anzahl der Frauen in den Fraktionen von CDU/CSU und SPD annähernd ausgeglichen.

Die Fraktion der GRÜNEN sprengt jedoch alle bisherigen Erfahrungen, da sie in nur zwei Legislaturperioden 35 weibliche Abgeordnete in dieses Parlament entsandte (vgl. Tabelle 4).¹⁴

Vergleichen wir die Frauenanteile der einzelnen Parteien der letzten Wahlperiode, so folgt den GRÜNEN mit 56,8% die SPD mit 16,1%, die F.D.P. mit 12,5% und die CDU/CSU mit 7,7% (vgl. Tabelle 5).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Frauen ihren Anteil im Bundestag kontinuierlich steigern konnten, wobei die Fraktion der GRÜNEN prozentual am besten abscheidet, da in dieser Partei die Listenplätze für die Elfte Legislaturperiode nach dem Paritätsprinzip vergeben wurden.

Bei den Altparteien werden die Wahlchancen der Frauen klein gehalten durch einen wesentlich geringeren Anteil an Kandidatinnen sowie durch die Bevorzugung von Männern bei der Vergabe von sicheren Wahlkreisen und Listenplätzen. Jedoch wird deutlich, daß sich auch hier etwas bewegt, denn sowohl die Anzahl der Kandidatinnen ist steigend als auch deren Anteil an den errungenen Mandaten. Doch sind diese Steigerungen sehr bescheiden, was nicht gerade von besonderen Bemühungen der Altparteien zeugt.

3.2.3 Frauen in den Landtagen

Ähnlich wie im Bundestag verlief die Entwicklung des Frauenanteils in den Landtagen. Fülles stellt für die Jahre 1946 bis 1965 einen Frauenanteil zwischen 7,9% und 7,1% fest.¹⁵

In den zwischen 1975 und 1979 zuletzt gewählten Länderparlamenten fanden sich 8,0% Frauen, zwischen 1980 und 1984 9,9%.

Das bedeutet, daß sich in den ersten vier Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland der Frauenanteil auch auf Länderebene kaum verändert hat. Zwar läßt sich eine leichte Steigerung ausmachen, aber sie ist so gering, daß sie als bedeutungslos eingestuft werden muß.

Erst der Durchschnitt aller zwischen 1985 und 1988 gewählten Länderparlamente zeigt eine deutliche Steigerung des Frauenanteils auf 15,7%.

14 Parlamentarierinnen in deutschen Parlamenten 1919-1983, S. 3; sowie Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, S. 3

15 Vgl. Fülles (1969), S. 85

Dabei weisen die einzelnen Länderparlamente erhebliche Unterschiede auf: während Baden-Württemberg lediglich 8,8% Frauen zu verzeichnen hat, finden sich in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie in Schleswig-Holstein weit über 20% Frauen in den Volksvertretungen (vgl. Tabelle 6).

Durchgängig sind bis auf eine Ausnahme (Baden-Württemberg) derzeit in allen Landtagen mehr als 10% Frauen vertreten.

Dabei wird deutlich, daß zwischen Ende der 70er Jahre und Anfang der 80er Jahre kaum gravierende Steigerungen festzustellen sind (Ausnahme: Hamburg +6,7%), während auffällig starke Steigerungen zwischen Anfang der 80er Jahre und Mitte der 80er Jahre zu erkennen sind. So wurde in Hamburg und in Schleswig-Holstein jeweils eine Steigerung von über 12% erzielt, aber auch Berlin, Bremen, Niedersachsen und das Saarland hatten Steigerungsraten um 6%. Selbst Bayern und Nordrhein-Westfalen konnten ihren Frauenanteil im Länderparlament um nie dagewesene 4,8% bzw. 4,9% erhöhen.

Somit wurde der Frauenanteil in den meisten Länderparlamenten in den vergangenen zwei bis drei Legislaturperioden verdoppelt, wenn nicht gar verdreifacht, wie in Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein (vgl. Tabelle 7).

Ein Vergleich der Zahlen zeigt deutlich, daß DIE GRÜNEN sowie die an 'grüner Politik' orientierten Parteien (GAL, AL) mit einem Anteil von 46,4% Frauen in ihren Fraktionen der zwischen 1975 und 1988 gewählten Länderparlamente der formalen Gleichberechtigung am nächsten kommen.

Die SPD hatte unter ihren Landtagsabgeordneten bislang 11,2%, die F.D.P. 9,8% und die CDU/CSU 7,5% Frauen (vgl. Tabelle 8). Doch sind bei allen Fraktionen Steigerungen der Frauenanteile festzustellen. In den zwischen 1985 und 1988 zuletzt gewählten Landtagen kommen die Frauen bei den GRÜNEN auf 51,2% aller Sitze, bei der SPD auf 17,0%, bei der F.D.P. auf 19,6% und bei der CDU/CSU auf 10,2% (vgl. Tabelle 9).

Wenn auch die SPD bei der Steigerungsrate nach den GRÜNEN eine Spitzenposition einnimmt, muß doch deutlich gemacht werden, daß die Frauen der CDU in einzelnen Länderparlamenten einen höheren Anteil haben als die der SPD (Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz). Somit kann nicht von einem Trend ausgegangen werden, der sich nur im linken Parteienspektrum zeigt. Vielmehr wird insgesamt eine Steigerung des Frauenanteils in den Länderparlamenten deutlich, wenn auch die Geschwindigkeit, mit der es zu Veränderungen kommt, sehr unterschiedlich ist.

Interessant wären Untersuchungen über die Ursachen für die teilweise sehr starken Abweichungen der Frauenanteile gleicher Parteien zwischen den einzelnen Länderparlamenten, was aber im Rahmen dieser Untersuchung nicht geleistet werden kann.

Betrachten wir die Frauen aller Fraktionen für sich genommen als eine Gruppierung in den Parlamenten, ist interessant, welche politische Gruppierung das meiste Gewicht hat. Dabei wird deutlich, daß die SPD-Frauen mit 46,4% mehr Gewicht haben als die Gesamtpartei mit nur 43,1%. Auch bei den GRÜNEN liegt der Anteil der Frauen mit 19,3% weit über dem der Partei mit nur 6%. Während die F.D.P.-Frauen annähernd entsprechend dem Anteil ihrer Partei vertreten sind, bleiben die CDU-Frauen mit nur 29,4% weit dahinter (vgl. Tabelle 10).

Insgesamt wird deutlich, daß der Einzug der GRÜNEN in die Länderparlamente ebenso wie im Bundestag erhebliche Auswirkungen auf die positive Entwicklung der Frauenrepräsentanz hatte, obwohl Schleswig-Holstein zeigt, daß bei entsprechenden Bemühungen der Frauenanteil auch ohne parlamentarische Repräsentanz der GRÜNEN deutlich gesteigert werden kann.

Gleichwohl ist zu erkennen, daß alle Parteien ihren Frauenanteil gesteigert haben. Das legt die Vermutung nahe, daß die frauenpolitische Ausrichtung der GRÜNEN die Altparteien veranlaßt hat, vermehrte Anstrengungen zu unternehmen, ihren Frauen zu mehr politischer Repräsentanz zu verhelfen, indem sie vermehrt in sicheren Wahlkreisen oder auf sicheren Listenplätzen nominiert wurden.

3.2.4 Frauen in kommunalen Parlamenten

Während der Frauenanteil in den Stadt- und Gemeinderäten in den vergangenen Jahrzehnten immer über dem der Bundes und Landtage lag, zeigt sich Ende der 80er Jahre ein Angleichen der Zahlen durch eine rasante Steigerungsrate in den überregionalen Parlamenten. Zwar zeichnet sich auch auf kommunaler Ebene eine kontinuierliche Steigerung ab, denn 1973 waren lediglich 8,3% Frauen in den Räten, 1979 steigerte sich der Anteil bereits auf 11,4%, und 1983 hatten sie gar 13,4% der Mandate errungen, aber von einem sprunghaften Anstieg kann nicht gesprochen werden; vielmehr gab es durchschnittliche Steigerungsraten von knapp einem Prozent jährlich (vgl. Tabelle 11).

Auffällig ist, daß der Frauenanteil mit zunehmender Einwohnerzahl steigt. So sind 1987 in Städten und Gemeinden mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern lediglich 14% in den Räten, während in den Städten und Gemeinden mit 100.000 bis 200.000 Einwohnern 19% und in Städten mit mehr als 1.000.000 Einwohnern gar 24,3% der Mandate (vgl. Tabelle 12) den Frauen zugefallen sind.

Wenn diese Steigerung auch nicht stetig und gleichmäßig verläuft, so ist doch die Tendenz eindeutig. Dieses Phänomen hatte Fülles bereits in den 60er Jahren festgestellt,¹⁶ und auch in den Jahren 1973 bis 1985 zeigte es sich wieder.

Im Städtevergleich bestätigt sich dieses Bild, denn Spitzenreiter mit mehr als 30% Frauenanteil sind ausschließlich große Städte: Freiburg mit 35,4%, München mit 33,8%, Göttingen mit 32,7%, Karlsruhe mit 30,3%. Es finden sich nur zwei Großstädte mit weniger als 10% weiblichen Ratsmitgliedern. Das sind Bottrop (8,5%) und Mönchengladbach (9%), obwohl insgesamt 102 von 502 Städten und Gemeinden diesen Anteil unterschreiten. Acht vorwiegend kleinere Gemeinden haben gar nur 2,6% oder gar keine Frauen in ihren Räten.¹⁷ Das läßt vermuten, daß Strukturen und Sozialisation einer Großstadt Frauen eher zu politischen Aktivitäten anregen als ländliche Gebiete und Kleinstadtmilieu. Das gilt jedoch nur für die Gesamtzahl der Mandate.

Betrachtet man die Parteien einzeln, ergibt sich ein etwas anderes Bild: Wir finden ausgeprägt steigende Tendenzen mit steigender Einwohnerzahl bei SPD- und GRÜNEN-Frauen (Ausnahme: Städte mit mehr als 1.000.000 Einwohner), bei der CDU hingegen fällt der Anteil der Frauen mit steigender Größe der Städte. Bei den Wählergruppen finden sich mit 6,1% mehr Frauen als in der F.D.P. mit nur 3,5% (vgl. Tabelle 12).

Bezogen auf die Gesamtheit aller *Ratsfrauen* hat die SPD 32,9% aller Sitze und damit prozentual mehr Einfluß als die SPD als Gesamtpartei. Ähnlich geht es den GRÜNEN-Frauen mit 10,6% zu 5,7% der Anteile an Mandaten.

16 Vgl. Fülles (1969), S. 74

17 Der Städtetag 7 (1988), S. 525 ff.

"Je kleiner die Gesamtzahl der Mandate ist, desto geringer sind die Möglichkeiten für weibliche Kandidaten, aufgestellt und gewählt zu werden. Es scheint hier eine gewisse Mindestgrenze zu geben, unter der die Frau keine Chance mehr hat",¹⁸

stellte Bremme 1961 fest und bezog sich auf die Zahl der Frauen in der F.D.P. Diese Aussage trifft auch auf die Frauenanteile in Wählergruppen zu.

Hinsichtlich der Wahlergebnisse der GRÜNEN-Frauen muß diese These jedoch als falsch bezeichnet werden, denn deren Ergebnisse machen deutlich, daß bei entsprechendem politischen Willen Frauen auch in kleinen Parteien eine solide Chance haben, denn immerhin sind derzeit bereits 28,8% der Mandate dieser Partei Frauen zugute gekommen.

Dieser Anteil wird sich voraussichtlich noch erhöhen, da immer mehr Ortsverbände die 50%ige Quotierung der KandidatInnen vornehmen.

Somit kann vermutet werden, daß es eine Abhängigkeit zwischen der Anzahl der Kandidaturen und den von Frauen errungenen Mandaten gibt. Zwar wirken sich die verschiedenen Wahlergebnisse unterschiedlich auf die Durchsetzbarkeit von Kandidatinnen aus, doch ist die Wahrscheinlichkeit, gewählt zu werden, mit zunehmender Anzahl weiblicher Kandidaten größer.

In welchem Umfang und mit welchen Auswirkungen dies der Fall ist, soll im folgenden Kapitel exemplarisch am Beispiel der Stadt Oldenburg untersucht werden.

3.3 Die Oldenburger Parlamente 1919 bis 1986

Als sich 1919 der Freistaat Oldenburg eine demokratische Verfassung gab, wirkten an der verfassungsgebenden Landesversammlung noch keine Frauen mit,¹⁹ obwohl es bereits 19 Kandidatinnen gab²⁰.

In den folgenden *Landtagswahlen* kandidierten die Frauen dann ebenfalls ohne Erfolg, denn trotz eines durchschnittlichen Kandidatinnenanteils von 8% (vgl. Tabelle 13) konnte erst 1932 die erste Frau aufgrund des Wahlergebnisses in den Landtag einziehen: die SPD-Abgeordnete Elisabeth Freirichs, die bereits in Rüstringen im Stadtrat vertreten war. Diese engagierte

18 Bremme; zit. nach Fülles (1969), S. 74

19 Vgl. STA OL, Best 136, Nr. 818; Best 131, Nr. 90

20 Vgl. Oldenburger Anzeiger vom 18. Februar 1919

und in den Frauenausschüssen aktive Politikerin gehörte zu den Pionierinnen der Arbeiterwohlfahrt im Weser-Ems-Gebiet.

Auch nach dem II. Weltkrieg tauchte ihr Name in den Parlamenten der Stadt Oldenburg und im Niedersächsischen Landtag auf.²¹

Außerdem gab es drei Frauen, die für ausscheidende Landtagsabgeordnete nachrückten. Das waren 1919 Maria Brand, gen. Reuschen, für das Zentrum, 1921 Auguste Henke für die Deutsche Volkspartei (DVP) und 1932 Ilsa Wübbenhorst für die SPD.²²

Betrachten wir die Entwicklung der Kandidatinnenaufstellung, so ist nach den ersten Anstrengungen von 1919 und 1920, die 9,8% bzw. 9,6% weibliche Kandidaten hervorbrachten, 1923 ein Absinken des Anteils auf 7,1% und 1925 auf 3,8% festzustellen. 1928 und 1931 stieg der Anteil wieder auf 7,7% bzw. auf 10,7% (vgl. Tabelle 13).

Es ist zu vermuten, daß alle Parteien Angst vor dem für sie unkalkulierbaren Wahlverhalten der Frauen hatten und daher bemüht waren, das Risiko so gering wie möglich zu halten. Das zeigte sich nicht zuletzt daran, daß fast alle Parteien, aber gerade diejenigen, die keine wählenden bzw. gewählten Bürgerinnen wollten, Frauen auf der Kandidatenliste hatten. Als die Frauen dann aber gar nicht so revolutionär wählten, ließen scheinbar die Anstrengungen bei der Kandidatinnenaufstellung nach, so 1923 und 1925.

Das erneute Ansteigen des Frauenanteils 1931 auf 10,7% könnte auf die Erfolge der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) zurückzuführen sein, die zwar selber keine Frauen kandidieren ließ, aber die anderen Parteien veranlaßte, möglichst viele Kandidaten und Kandidatinnen aufzustellen, was sich besonders bei der KPD zeigte. Zum Beweis dieser These bedürfte es jedoch weitgehender Untersuchungen.

Bei der Analyse der Parteien kann keine einheitliche Tendenz ausgemacht werden. Die Deutsche Demokratische Partei (DDP), DNVP und DVP reduzierten den Anteil weiblicher Kandidaten relativ und absolut bis 1925 und steigerten ihn 1928 und 1931 wieder.

Beim Zentrum fällt der Anteil der Frauen lediglich 1923, um dann 1925 und 1928 wieder prozentual zu steigen, relativ jedoch gleichzubleiben. Die SPD hat lediglich 1925 einen 'Einbruch' mit nur 4%, in den Jahren 1920, 1923

21 Vgl. Vahlenkamp (1983)

22 Vgl. STA OL, Best 136, Nr. 819

und 1928 Steigerungen zu verzeichnen. In der KPD spielten die Frauen lediglich 1923, 1931 und 1932 eine Rolle, dann jedoch zu relativ hohen Anteilen (9,7%, 25%, 17%) (vgl. Tabelle 14).²³ Somit weist vieles darauf hin, daß im ersten Wahljahr von den Parteien mehr Anstrengungen unternommen wurden, Frauen aufzustellen, als in den Folgejahren, da das Wahlverhalten der Frauen noch nicht kalkulierbar war.

Diese These wird erhärtet, wenn die Zahlen der Landtagswahlen mit denen der *Gesamtstadtratswahlen* im selben Zeitraum verglichen werden. Hier fielen die Anteile der Frauen zwischen 1919 und 1930 stetig, jedoch kandidierten immer relativ mehr Frauen für den Stadtrat (10,6%) als für den Landtag (8,2%), und hier konnten auch mehr Frauen ein Mandat erringen (6,4%).

Aus den Zahlen der Tabelle 15 läßt sich ein Zusammenhang ableiten zwischen dem Anteil der Kandidatinnen und dem Anteil der von Frauen erlangten Mandate, wobei jedoch der Anteil an den Mandaten immer unter dem der Kandidaturen liegt. Auch in Grafik 1 zeigt sich ein annähernd gleicher Kurvenverlauf. Dieser Zusammenhang läßt sich auch nach dem II. Weltkrieg bei den Wahlen zum *Stadtrat* ablesen. So fiel der prozentuale Anteil der Kandidatinnen in den 60er Jahren bis auf 9,3%, um dann bis 1986 wieder auf 25,7% zu steigen.

Der Verlauf der Anteile an den Mandaten zeichnet den Tiefpunkt auch in den 60er Jahren und steigt dann wieder an. Zwar schlägt sich die Spitzenzahl an Kandidatinnen 1961 sowie besonders 1981 nicht in den Mandaten nieder, da die Frauen überproportional auf den hinteren Listenplätzen standen; doch ist darüber hinaus der Kurvenverlauf recht ähnlich (vgl. Tabellen 16 und 8; Grafik 2).

An dieser Stelle scheint mir die Frage nach dem Verhältnis zwischen Kandidaturen und Mandaten parteipolitisch interessant zu sein. Durchgängig ist festzustellen, daß bei SPD und CDU relativ weniger Frauen ein Mandat errangen als kandidierten, also Männer sich relativ häufiger durchsetzen konnten als Frauen.

Der Grund findet sich wiederum in den Listenplatzierungen der Kandidatinnen. Zwar werden in Niedersachsen die KommunalpolitikerInnen derzeit

23 An dieser Stelle zeigt sich die Problematik der Analyse sehr kleiner Grundeinheiten, denn der absolute Anteil der Frauen schwankt oft gar nicht so ausgeprägt (Ausnahme KPD); der relative Anteil dagegen wegen der Veränderung der Gesamtzahl der Kandidaten sehr stark. Insofern ist bei der Bewertung der Prozentzahlen in Tabelle 14 Vorsicht geboten.

nicht aufgrund von Listen gewählt, sondern nach den persönlich erreichten Stimmen der BewerberInnen. Trotzdem zeigt die Erfahrung, daß die hinteren Listenplätze selten so viele Stimmen erhalten, daß es für ein Mandat reicht. Vielmehr können gerade die KandidatInnen auf den vorderen Listenplätzen relativ sicher mit einem Mandat rechnen.

Absolut hat die SPD die meisten Kandidatinnen (75) und Ratsfrauen (16) gestellt. Die CDU hat im Wahljahr 1986 bei der Kandidatinnenaufstellung aufgeholt (61), die F.D.P. folgt mit 48 Kandidatinnen.

Bei den errungenen Mandaten stehen die F.D.P.-Frauen ebenso wie die Frauen der CDU bescheiden da: lediglich sieben bzw. sechs Mandate konnten sie erringen (vgl. Tabellen 17 und 18). Die DKP konnte in der letzten Wahlperiode erstmals eine Frau in den Rat der Stadt Oldenburg entsenden, die GRÜNEN bereits zwei.

Prozentual führen auch in Oldenburg die GRÜNEN-Frauen mit 30% die Kandidatinnen- und mit 25% die Mandatsliste an, gefolgt von der SPD, die bereits 17% Kandidatinnen hatte; die CDU hatte 14,1%, die F.D.P. 11,7%.

Die CDU-Frauen konnten ihren relativ hohen Anteil an Kandidatinnen jedoch überhaupt nicht in den Mandaten wiederfinden; lediglich 4,6% Frauen kamen in den Rat. Die SPD folgt mit 10,1%, und die F.D.P. konnte relativ mehr Frauenmandate erringen als Frauen kandidierten.²⁴

Bei allen Parteien läßt sich nachweisen, daß nach ersten Bemühungen Anfang der 50er Jahre die Kurve des Kandidatinnenanteils sowohl relativ als auch absolut fiel, um dann Ende der 60er Jahre wieder anzusteigen (Ausnahme: F.D.P. 1964).

Hier gibt es verschiedene Erklärungsmöglichkeiten: durch Kriegsauswirkungen bedingter Frauenüberschuß in den 50er Jahren, verstärktes berufliches Engagement der Frauen in den 60er Jahren, Auswirkungen der neuen deutschen Frauenbewegung in den 70er Jahren.

Das alles bleibt aber im Nebel der Spekulation und müßte genauer untersucht werden.

Aus der Analyse der Oldenburger Zahlen läßt sich ein Zusammenhang zwischen der Anzahl der Kandidatinnen und der von Frauen errungenen Mandate ableiten; wenn letztere auch prozentual immer weniger ausmachen,

²⁴ Hier zeigt sich wiederum das Problem der kleinen Grundeinheit, wodurch die Relationen erheblich beeinflußt werden. Aus diesem Grund wurde auch die DKP in dieser Betrachtung ausgespart.

so gibt es doch ähnliche Kurvenverläufe: Je mehr Frauen kandidieren, desto mehr ziehen in den Rat ein, also: stellen sich relativ mehr Frauen zur Wahl, haben auch relativ mehr die Chance, gewählt zu werden (vgl. Grafiken 3 und 4).

Daß der Anteil der errungenen Mandate immer hinter dem der Kandidatinnen zurückbleibt, zeigt jedoch, daß Frauen keine sicheren Plätze auf der Liste erhalten, und wenn sie weit oben stehen, noch nicht sicher gewählt werden,²⁵ wie zum Beispiel Maria Albes von der CDU, die 1981 auf dem dritten Platz der Liste stand, aber keinen der vier Sitze im Wahlkreis erreichen konnte.

Andererseits hat 1987 Friedel Oelrichs (SPD), die seit vielen Jahren unter anderem wegen ihrer Ratsstätigkeit in Oldenburg bekannt ist, trotz eines wenig aussichtsreichen achten Platzes eines der drei Mandate erringen können.

Zu berücksichtigen ist auch, daß es KandidatInnen gibt, die nicht gewählt werden möchten und bewußt auf den hinteren Plätzen als ListenfüllerInnen bzw. StimmkandidatInnen fungieren, und das gilt besonders für Frauen.

25 Nach dem Niedersächsischen Gemeinde- und Kreiswahlgesetz ziehen die Stadträte nicht nach der Liste, sondern nach der Anzahl der erhaltenen Stimmen ins Parlament.

3.4 Das aktive Wahlrecht - die Chance der Frauen?

"... Da schleichts heran, ein Heer von Amazonen
 In dunkler Nacht, da drangen sie in's Land,
 Ihr seht sie rings in allen Hütten wohnen,
 Der deutsche Träumer hat sie nicht erkannt.
 Sie schreiten hin in mütterlichem Kleide,
 Aus ihrem Munde strömt betäubend Weh'n,
 Der deutsche Mann ahnt nichts von allem Leide,
 Du kannst im Netz ihn arglos schlummernd liegen seh'n ..."26

Dieser Auszug aus dem Neujahrsgruß des Deutschen Bundes zu Bekämpfung der Frauenemanzipation drohte 1914 mit einer schrecklichen Frauenherrschaft, da "das Frauenstimmrecht nichts ist als die giftige Frucht am Baume der Frauenemanzipation".27

Daß diese 'schreckliche' Vision auch heute, 75 Jahre später, noch lange nicht der Realität entspricht, zeigen die vorausgegangenen Ausführungen deutlich. Es hatte langer Kämpfe bedurft, bis die Männer den Frauen ihr Wahlrecht zuerkannten, und es machte ihnen nachhaltig Angst, daß das Wahlverhalten der Frauen für sie so unkalkulierbar war.

Das zeigt ein Schreiben des Oldenburgischen Ministeriums des Innern vom 03. Oktober 1921 an alle "Regierungen, Ämter und Stadtmagistrate der Städte 1. Klasse", in dem um die Führung von nach Geschlechtern getrennten Wählerlisten gebeten wird: "Da es von großem politischen und soziologischen Interesse ist, die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Stimmzahlen nach dem Geschlecht getrennt festzustellen ..."28

Am 03. März des Folgejahres teilt das Ministerium dann in einem Schreiben erfreut mit, daß der Stadtmagistrat Delmenhorst dieses Problem gelöst habe, indem zwei verschiedene Wahlurnen aufgestellt worden seien, eine mit der Aufschrift "Für männliche Wähler" und eine für "weibliche Wähler", die dann getrennt ausgezählt wurden. Dieses Verfahren empfahl das Innenministerium dringend zur Nachahmung.29

26 Zit. nach Ariadne 12 (1988), S. 20

27 Langmann (o.J.), S. 1

28 STA OL, Best 2621, Nr. 1042a

29 STA OL, Best 2621, Nr. 1042a

Leider wird in diesem Schreiben nicht das Ergebnis der getrennten Auszählung mitgeteilt.

Es ist nicht bekannt, ob es bereits Überlegungen dazu gab, wie die Männerwelt auf ein revolutionäres Wahlverhalten der Frauen reagieren würde. Doch macht diese Episode deutlich, daß den Männern sehr wohl bewußt war, welche Macht den Frauen mit der Erteilung des Stimmrechts zukam.

Von den 40,8 Mio. wahlberechtigten BürgerInnen der Bundesrepublik Deutschland, die 1987 den 11. Deutschen Bundestag wählten, waren immerhin 53% Frauen.³⁰ Also gibt es 2,5 Mio. mehr wahlberechtigte Frauen als Männer, und damit haben die Frauen die Macht, Mehrheiten maßgeblich zu beeinflussen. In welchem Umfang bzw. Ausmaß taten sie das?

3.4.1 Die Wahlbeteiligung der Frauen

Als die Frauen für die Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung zum ersten Mal einen Wahlzettel ausfüllen durften, strömten sie zu den Urnen: 82,3% der wahlberechtigten Frauen standen 1919 82,4% Männern gegenüber.

"Es bleibt festzustellen, daß trotz oder wegen staatlich verordneter Abstinenz die Frauen ihre erste Chance, ihre Stimme zur Geltung zu bringen, in einem erstaunlichen Maße nutzten."³¹

Diese Wahlbereitschaft der Frauen hielt jedoch nicht lange an. Sie lag 1924 um 13,8% hinter der der Männer, stieg dann zwar wieder an, blieb aber bis 1930 immer über 6,0% hinter der Wahlbeteiligung der Männer zurück.³²

Obwohl sich diese Zahlen nur auf einige ausgewählte Bezirke beziehen, die nicht repräsentativ sind, wird doch deutlich,

"daß die Frauen bis 1930 nie wieder so stark zu Wahlen mobilisiert wurden wie 1919. Die politische Teilhabe durch Wahlen ist bei den Frauen der Weimarer Republik auffallend geringer als bei den Männern. Die erste Wahl ist nicht typisch für die Weimarer Republik, sondern hinsichtlich der weiblichen Wahlbeteiligung gegenüber der der Männer sowohl absolut als auch relativ eine Ausnahmewahl".³³

30 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1988

31 Hofmann-Göttig (1986), S. 27

32 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 27

33 Hofmann-Göttig (1986), S. 27

Über die Gründe für dieses Verhalten kann nur spekuliert werden, trotzdem ist zu vermuten, daß die Frauen 1919 große frauenpolitische Hoffnungen hatten, die in den Folgejahren zunehmend enttäuscht wurden.

"Wahlenthaltung haben vor allem proletarische Frauen geübt. Sehr schnell und resigniert zogen sich diese Frauen aus der 'Politik' zurück. Hauptursache waren ihre enttäuschten Hoffnungen auf weiterreichende gesellschaftliche Veränderungen, vor allem auf Verbesserungen ihrer ökonomischen Lage. Daß sich die gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen auch nach ihrer verfassungsrechtlichen Gleichstellung fortsetzen sollte, dafür stand insbesondere die Demobilmachungspolitik von 1919-22, die auch von den Arbeiterorganisationen, insbesondere den Gewerkschaften, mitgetragen wurde. Folge dieser Politik war eine rigorose Entlassung von Millionen von Frauen oder ihre Zurückdrängung in gering qualifizierte und schlechter bezahlte Erwerbsbereiche zugunsten der heimkehrenden Soldaten. Den proletarischen Frauen wurde sozusagen von ihren eigenen Organisationen beim Eintritt in die Republik mit der einen Hand der Wahlzettel, mit der anderen Hand der Entlassungsbrief überreicht."³⁴

Dieses Verhalten ging einher mit dem Rückgang des Frauenanteils in der SPD (vgl. Tabelle 1), was die These von der Wahlenthaltung aus Enttäuschung unterstützt.

Diese Zurückhaltung des weiblichen Geschlechts hielt auch nach dem II. Weltkrieg an, wenn auch nicht mehr so ausgeprägt wie zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Vergleich der Bundestagswahlen zwischen 1953 und 1987 zeigt ein Angleichen der Wahlbeteiligung zwischen den Geschlechtern in den 70er Jahren, das in den 80er Jahren wieder zunehmend voneinander abweicht, und zwar immer so, daß weniger Frauen als Männer zur Wahlurne gehen (vgl. Tabelle 19).

Eine genauere Analyse des Zahlenmaterials verdeutlicht, daß das Wahlverhalten zwischen den Altersgruppen stark differiert. Eine deutlich geringere Wahlbeteiligung zeigen Frauen, die älter als 70 Jahre sind (vgl. Tabellen 20 und 21). Dieses Phänomen führt das Institut für Demoskopie Allensbach darauf zurück, daß der Wahlakt als 'gemeinsame Unternehmung' von Eheleuten betrachtet wird. Da Frauen mit zunehmendem Alter häufig

34 Kimmer; Leserbrief in Die Tageszeitung (TAZ) vom 13.12.1988

verwitwet sind, verzichten sie nach dem Tod des Partners überproportional häufig auf den Gang ins Wahllokal.³⁵

Eine These, die bei Betrachtung der Zahlen einleuchtend erscheint, soziologisch aber sicher zu kurz greift, denn die Partizipation älterer Frauen an der Wahl wird vermutlich auch durch die Selbstwahrnehmung der eigenen Person als 'alter Mensch' negativ beeinflusst. So spielen zum Beispiel Aspekte wie 'Nicht-mehr-gebraucht-Werden', 'Keine-Zukunft-Haben', 'Doch-nichts-mehr-beeinflussen-Können' unter Umständen eine nicht unerhebliche Rolle.³⁶ Außerdem sind gravierende Schwankungen im Wahlverhalten älterer Frauen zwischen den Jahren 1961 und 1987 festzustellen, die einer genaueren Klärung bedürften.

Ebenso unklar bleibt, wie es zu der relativ stärkeren Wahlbeteiligung der Frauen kommt, die derzeit zwischen 30 und 45 Jahre alt sind. Eine Erklärung könnte sein, daß es in den 60er und 70er Jahren zu einer stärkeren Politisierung der Frauen kam, die in diesen Jahren Erstwählerinnen waren. Daß dieses politische Interesse kontinuierlich anhält, macht Tabelle 21 deutlich. Ebenso deutlich wird, daß die nachfolgenden jungen Frauen wiederum mehr Zurückhaltung üben. Dieses Phänomen wird an anderer Stelle noch genauer beleuchtet (vgl. Kapitel 4).

Die andere Frage ergibt sich dadurch, daß es mehr wahlberechtigte Frauen als Männer gibt, und wenn die regelmäßige Beteiligung der Frauen mit dem Wahlverhalten des Partners in Verbindung gebracht wird, bleibt ungeklärt, aus welcher Motivation die alleinlebenden Frauen dieser Altersgruppe wählen gehen.

Nach Erhebungen von Allensbach wird die Motivation, wählen zu gehen, "erheblich beeinflusst durch das Verhalten anderer Familienangehöriger und Freunde"³⁷. Doch erklärt das nicht ausreichend die zunehmende Wahlverweigerung der jungen Frauen. Die Allensbacher Studie zeigt vielmehr einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem politischen Interesse und dem Wahlverhalten junger Menschen.

"Das unterschiedliche politische Interesse bildet eine ausschlaggebende Motivation bei der Entscheidung, sich an der Wahl zu beteiligen. Männer und Frauen, die sich in ihrem Interesse für Politik nicht

35 Vgl. Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1989), S. 18

36 Vgl. Krüger (1980), S. 30 ff.

37 Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1989), S. 18

unterscheiden, unterscheiden sich praktisch auch nicht in der Wahlbeteiligung."³⁸

90% der Nichtwählerinnen sind politisch nicht besonders oder gar nicht interessiert.³⁹ Die restlichen 10% sind nicht nur interessiert, sondern sogar engagiert, und zwar stärker als die gleichaltrigen männlichen Wähler⁴⁰ und verweigern sich offenbar bewußt.

Die politisch interessierten jungen Nichtwählerinnen haben einen deutlich höheren Bildungsstand und verfügen überwiegend über das Abitur, während die politisch nicht interessierten Nichtwählerinnen überwiegend die Hauptschule besuchten, beruflich deutlich schwächer eingegliedert und somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht sind.⁴¹ Hier könnte die relative Perspektivlosigkeit junger Frauen, ihre dadurch negativ beeinflusste Selbstwahrnehmung - ähnlich wie bei den älteren Frauen - dazu führen, daß die politischen Einflußmöglichkeiten als unbedeutend eingestuft werden (vgl. dazu Kapitel 4).

Insgesamt stuft Allensbach das Nichtwählen nicht als festes Verhalten ein, sondern hält es für beeinflussbar von der sozialen Umwelt, von Vorbildern, von der Familiensituation und vom Freundeskreis.

Unabhängig davon ist das Phänomen der steigenden Wahlverweigerung junger Frauen als Alarmzeichen zu verstehen.

"Wurde die Tendenz zur stärkeren Nutzung des Frauenwahlrechtes in der Vergangenheit vor allem durch die jungen Generationen getragen, so ist diese Entwicklung in den letzten Jahren bei allen analysierten Wahlen einheitlich gegenläufig. Ein 'roll-back' der historisch stärkeren Nutzung des Frauenstimmrechts kann heute nicht ausgeschlossen werden",

schreibt Hofmann-Göttig und stellt gleichzeitig fest: "Die Tendenz der Angleichung der geschlechtsspezifischen Wahlbeteiligung wird durch die weiblichen Jungwähler nicht gefördert, sondern konterkariert."⁴²

Die Bedeutung des Zusammenhangs zwischen sozialem Umfeld und politischer Antizipation scheint von sehr großem Gewicht zu sein. Trotzdem

38 Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1989), S. 15

39 Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1989), S. 30

40 Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1989), S. 42

41 Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1989), S. 53

42 Hofmann-Göttig (1986), S. 45; 44

wurde dies soziologisch bislang nicht ausreichend untersucht. Dieser Aspekt wird später noch genauer dargestellt (vgl. Kapitel 4.1.4).

Unabhängig von soziologischen Determinanten für die Wahlbeteiligung bzw. Wahlverweigerung spielt die Gruppe der jungen Frauen demographisch jedoch nur eine untergeordnete Rolle, da die 'Alterspyramide' eine Verschiebung der Altersstruktur mit einem starken Übergewicht der älteren Frauen aufweist.⁴³

Somit ist die Wahlentscheidung älterer Wählerinnen für die einzelnen Parteien derzeit von größerer Bedeutung.

3.4.2 Die Wahlentscheidungen der Frauen

"Nicht streiten sollt Ihr, sondern schlichten,
Aufs Ganze Eure Augen richten,
Viel ist in Eure Hand gegeben
Ein Großes - Eures Volkes Leben!
Bewahrt das Heiligste hienieden:
In uns und um uns werde Frieden."⁴⁴

Hedwig Courths-Mahler fühlte sich 1918 veranlaßt, mit diesen Zeilen deutsche Frauen zu vorsichtigem Wahlverhalten aufzurufen. Obwohl nicht zu vermuten ist, daß die Wählerinnen diesem Aufruf gefolgt sind, entspricht doch ihr Wahlverhalten den Vorstellungen dieser Schriftstellerin. Es kam keineswegs zur 'Verstärkung der sozialdemokratischen Massenheere', wie es Professor Langemann in seiner Denkschrift des Deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation 1915 prophezeite,⁴⁵ vielmehr wählten die Frauen zur Verfassungsgebenden Reichsversammlung vor allem klerikal-rechts.⁴⁶

Die DNVVP, die DVP, aber ganz besonders das katholisch orientierte Zentrum wurden von ihnen bevorzugt. Das Zentrum hatte einen deutlichen Überschuß an Frauenstimmen von 15% bis 20%. Die SPD hatte demgegenüber ein

43 Feist (1986), S. 96 f.

44 Courths-Mahler; zit. nach Hofmann-Göttig (1986), S. 27

45 Vgl. Langemann (o.J.), S. 13

46 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 31

nicht unerhebliches Defizit an Frauenstimmen zwischen 9% und 18% in den ausgewählten Wahlkreisen zu verzeichnen.⁴⁷

"Es ist demnach nicht auszuschließen, wenngleich sicher auch nicht beweisbar, daß die Einführung des Frauenwahlrechts die Sozialdemokraten tatsächlich die Mehrheit in der Nationalversammlung gekostet hat."⁴⁸

Die Frauen dankten es der SPD nicht, daß diese sich für mehr Gleichberechtigung einsetzte.

"Die jahrtausendelange Unterdrückung der Frauen durch den Mann läßt tiefe Spuren zurück. ... Diese Unterdrückung ist nicht durch die Verleihung des Frauenstimmrechts von heute auf morgen, als sei nichts geschehen, ausgelöscht, wir werden an ihren Folgen noch auf Generationen hinaus zu tragen haben. Es braucht Zeit, um die vom Manne mit allen Mitteln künstlich zu seiner Bequemlichkeit herangezüchtete Frau zu überwinden",⁴⁹

schrieb Lida Gustava Heymann 1920 in der Zeitschrift 'Die Frau im Staat' und hatte mit ihrer Vermutung nur zu recht, denn während der Weimarer Republik zeigte sich bei den Reichstagswahlen eine deutliche Präferenz der konservativen Parteien durch Frauen, während das linke Spektrum durch diese herabgestuft wurde, wenn auch bei der SPD mit fallender Tendenz. Der Anteil der Frauenstimmen bei der DDP und der NSDAP blieb ebenso wie bei den sonstigen Parteien unter dem der Männer; besonders deutlich ist die Zurückhaltung der Frauen gegenüber der KPD (vgl. Tabelle 22).

Gegenüber der NSDAP verhielten sich die Frauen bis 1920 eher skeptisch. Diese Partei wurde von ihnen zwar nur geringfügig, aber doch seltener gewählt. Das gilt besonders für die Katholikinnen, die bis 1933 deutlich zurückhaltender waren als die evangelischen Frauen. Diese zeigten zwar in den 20er Jahren noch eine negative Frauenbilanz für die NSDAP, überholten dann jedoch die Männer in ihrem zustimmenden Verhalten. Hofmann-Göttig nimmt an,

47 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 28 f.; obwohl hier nur drei, offenbar nichtrepräsentative Bezirke ausgewählt wurden, kann doch eine Tendenz vermutet werden, die für das ganze Gebiet des Deutschen Reiches gilt.

48 Hofmann-Göttig (1986), S. 29

49 Heymann; zit. nach Filter (1988), S. 24

"daß der Anteil der Frauen unter den NSDAP-Wählern 1933 den der Männer leicht übertraf. Die Mehrheit der nationalen Koalition (NSDAP/DNVP) 1933 wurde kräftig gefördert durch die Unterstützung der Frauen, obgleich der weibliche Zuspruch zum Nationalsozialismus erst mit zeitlicher Verzögerung dem der Männer folgte".⁵⁰

Und das, obwohl gerade diese Partei eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber Frauen hatten, die sich in der Politik engagieren wollten und selber auch keine Frauen aufstellte. Wie ist das zu erklären?

"Zweifellos knüpften die demagogischen Versprechungen sowie die Kampagnen gegen die Frauenarbeit, für die 'Aufwertung' der Hausfrau und Mutter und für eine weibliche Arbeitsdienstplicht an reale Probleme an. Die Enttäuschung über die reformistische Gewerkschaftspolitik, die Erfahrungen der dreifachen Belastung und einer ungeheuren Ausbeutung am Arbeitsplatz ließen viele Frauen auf ein besseres, anerkanntes Leben als Mutter in der Familie hoffen."⁵¹

Die desolote politische Situation sorgte ebenso wie das 'positive' Mutter und Frauenideal, das Frauen in allen Bevölkerungsschichten ansprach, für den Zuwachs an Frauenstimmen für die NSDAP. Allein die Hoffnung auf ein besseres Leben mag Frauen bewogen haben, zunehmend reaktionärer zu wählen.

Bei den ersten Wahlen nach dem II. Weltkrieg zeigten die Frauen wiederum ein Wahlverhalten nach dem 'Weimarer Muster', denn sie bevorzugten eher die gemäßigten und später die äußerst konservativen Parteien.⁵²

"Die Parteipräferenzen der Frauen in der Frühphase der Bundesrepublik unterscheiden sich in einer Größenordnung und in einer inhaltlichen Tendenz, wie dies aus der Frühphase der Weimarer Republik bekannt war. Die SPD wird durchgängig, wengleich regional unterschiedlich stark, von den Frauen benachteiligt. Die CDU wird in noch ausgeprägterer Größenordnung bevorzugt. Die FDP wird leicht benachteiligt."⁵³

Den jeweils 'extremen' Parteien an beiden Seiten des Parteienspektrums versagten die Frauen überproportional die Zustimmung.⁵⁴ Doch fand in den

50 Hofmann-Göttig (1986), S. 35

51 Hervé (1988), S. 148

52 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 48; Feist (1986), S. 2

53 Hofmann-Göttig (1986), S. 49

54 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 49

70er Jahren ein Umwälzungsprozeß statt. Während die F.D.P. immer einen leichten Überschuß an Männerstimmen hatten, der nur 1980 von den Frauen übersprungen wurde, schwand der deutliche Überschuß der Frauenstimmen für die CDU und lag 1980 erstmals unter dem Anteil der Männerstimmen. Im gleichen Jahr konnte die SPD erstmals mehr Frauen- als Männerstimmen auf sich vereinen. 1983 und 1987 finden sich dann wieder mehr Frauen- als Männerstimmen bei der CDU, was wiederum zulasten der SPD geht (vgl. Grafik 5).

Die Altersverteilung des Frauendefizits bei der SPD zeigt 1953 keine charakteristischen Unterschiede. Erst ab 1972 finden sich wesentliche Veränderungen. In diesem Jahr konnten durch die Herabsetzung des Wahlalters mehr junge Menschen wählen als je zuvor, und diese bevorzugten die SPD, was ganz besonders deutlich wurde bei den jungen Frauen. Aber auch die Frauen der anderen Altersgruppen gaben zunehmend der SPD ihre Stimme.

Als 1980 erstmals der Frauenanteil an den Wählerstimmen der SPD den der Männer überstieg, war das bedingt durch die überproportionale Zustimmung der jungen Frauen (+2,7%), aber interessanterweise auch der Seniorinnen (+1,3%).⁵⁵

Die CDU konnte bis 1972 einen konstanten Frauenüberschuß in allen Altersgruppen verzeichnen, und zwar mit steigender Altersgruppe zunehmend mehr. 1972 kam es dann zum Bruch. Bis 1980 verlor diese Partei in allen Altersgruppen Frauenstimmen, ganz besonders jedoch bei den Jungwählerinnen. Eine stärkere Bevorzugung der CDU zeigt sich demgegenüber immer noch bei den Seniorinnen.

Die Geschlechterbilanzen der F.D.P. variieren im Vergleich zu denen anderer Parteien kaum. Insgesamt ist die F.D.P. eine von Männern gewählte Partei. Lediglich 1980 gab es einen leichten Frauenstimmenüberschuß in allen Altersgruppen.

DIE GRÜNEN zeigen in allen Bundestagswahlen leichte Frauenstimmendefizite, die sich jedoch in den beiden letzten Wahlperioden verringerten (1983: -1,1%; 1987: -0,6%). Das ist zurückzuführen auf die zunehmende Präferenz durch junge Frauen, die 1987 erstmals deutlich stärker diese Partei wählten als die gleichaltrigen Männer (+0,2%).⁵⁶

55 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 56; Feist (1986), S. 96 f.

56 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 57; 74; Statistisches Jahrbuch 1988

Alles in allem läßt sich eine deutliche Verschiebung der Frauenstimmen von der CDU hin zur SPD feststellen. Wenn auch bei der Gesamtbetrachtung eine Angleichung der Parteienpräferenz zwischen den Geschlechtern ausgemacht werden kann, so muß doch differenziert werden zwischen den einzelnen Altersgruppen. Der Überschuß an Frauenstimmen für die SPD zeigt sich vor allem bei den jungen Wählerinnen, für die CDU bei den Seniorinnen. Darüber hinaus hat Hofmann-Göttig erhebliche regionale Unterschiede festgestellt:

"Für die Frauenbilanzen der CDU/CSU spielt die konfessionelle Zusammensetzung des Bundeslandes eine erhebliche Rolle. In den überwiegend katholischen Bundesländern waren die Frauenüberschüsse der Union seit jeher ausgeprägter als in den Bundesländern mit überwiegend evangelischer Bevölkerung. Diese Unterschiede sind auch heute noch durchweg in einer Größenordnung von über +2 Prozentpunkten erkennbar, während sich die Bilanzen in protestantischen Bundesländern (Ausnahme Berlin) ausgeglichen haben."⁵⁷

Für die Bundestagswahl 1972 gibt es eine Analyse, die die Wählerströme von Männern und Frauen darstellt und nicht ein verändertes geschlechtstypisches Wählerverhalten für den Angleichungsprozeß zwischen den Geschlechtern verantwortlich macht.

"Nicht Frauen oder Männer wanderten im Kollektiv etwa von der CDU/CSU zur SPD, von der SPD zur FDP oder von der NPD zur CDU/CSU, sondern einzelne soziale Gruppen, die durch die Wahlaus-einandersetzungen zwischen den damaligen Regierungsparteien SPD/FDP und der oppositionellen CDU/CSU unterschiedlich in ihren Interessen angesprochen und mobilisiert worden waren. Daß dadurch das Profil der SPD 'weiblicher', das der CDU/CSU 'männlicher' wurde, war ein Nebenprodukt dieser vielfältigen sozialdeterminierten Bewegungen."⁵⁸

Das macht deutlich, daß Frauen ihre Wahlentscheidungen nicht deswegen treffen, weil sie von den Parteien als Frauen angesprochen werden, sondern weil sie sich als Mitglieder einer bestimmten Wählergruppe angesprochen fühlen. Das erklärt auch, warum Frauen nicht vorrangig DIE GRÜNEN als Partei bevorzugen, obwohl diese Partei das konsequenteste Frauenprogramm hat und Frauen auch gezielt fördert. Es kann nicht mehr von typischem weiblichen Wahlverhalten gesprochen werden.

57 Hofmann-Göttig (1986), S. 69

58 Liepelt/Riemenschneider (1973), S. 567 ff.; zit. nach Feist (1986), S. 93

"Spätestens seit der Bundestagswahl 1972 ist das Denkschema, daß Frauen in ihrer Mehrzahl zu religiös-konservativer Parteiwahl neigen, hierzulande ... widerlegt. Geschlechtsspezifische Differenzen im Wahlverhalten aus einer typisch weiblichen oder männlichen Gefühls- oder Interessenlage zu erklären, also auf biologische, psychische oder anthropologische Unterschiede zurückzuführen, gilt seither als wissenschaftlich überholt."⁵⁹

Vielmehr zeigt sich gesellschaftliche Realität im Wahlverhalten. Frauen nehmen heute selbstverständlicher als je zuvor am gesellschaftlichen Leben teil, sie beanspruchen deutlicher denn je Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen, sie lassen sich nicht mehr abschieben.

"Die jungen Wählerinnen haben dabei nicht nur ein neues Politikverständnis, sondern auch ein neues Selbstbild. Im Vergleich zur übrigen Wählerschaft ist ihr Frauenbild progressiver. Für eine volle Gleichstellung sprechen sich 67 Prozent jener jungen Frauen aus, die eine höhere schulische Ausbildung absolviert haben. Nur 12 Prozent der unter 35jährigen hängen dem alten Ideal von 'Küche und Kindern' an. Unter den Frauen ab 50 fühlen sich dagegen noch 46 Prozent diesem Lebenszweck verpflichtet."⁶⁰

Das alles macht deutlich, daß Wahlentscheidungen und Wahlbeteiligung der Frauen im direkten Zusammenhang stehen mit dem eigenen Selbstbild. Das veränderte Selbstbewußtsein der jungen Frauen, ihre bessere Ausbildung in der Schule, ihre verstärkte soziale Einbindung in den Beruf und das sich verändernde gesellschaftliche Rollenbild der Frauen führen zu bewußtem, selbstbewußtem Wahlverhalten.

Die Lösung von einem geschlechtsspezifischen, konservativen Selbstbild, wie es unter den älteren Frauen oft noch zu finden ist, zeigt sich in den Wahlentscheidungen der jungen Frauen: 55,2% der Erstwählerinnen entschieden sich bei der Bundestagswahl 1987 für die SPD oder DIE GRÜNEN, aber nur 52% der Erstwähler. Die jungen Männer wählen heute also eher konservativ als die jungen Frauen.

Damit bewahrheitet sich die Prophezeiung Lida Gustava Heymanns: es bedarf Generationen, bis das alte Frauenbild abgebaut ist. Heute zeigt sich deutlich, daß es Veränderungen gab, sowohl in der Wahlbeteiligung als auch im Wahlverhalten. Es gibt keine Kontinuität in diesen Veränderungen. Die Schwan-

59 Feist (1986), S. 94

60 Feist (1986), S. 98

kungen sind vielschichtig zu deuten und können nicht abgetan werden als politisches Desinteresse oder konservatives Verhalten.

"Die Egalisierung im politischen Verhalten von Frauen und Männern war notwendig, damit Frauen überhaupt erst in die Lage versetzt werden, sich von sozialen Bindungen zu lösen, die unser Parteiensystem konstituiert haben und als soziale Basis seit seinen Anfängen bis heute tragen. Frauen kann es heute leichter fallen, ihre eigene spezifische Interessenlage zu erkennen und zu artikulieren. Denn ein genuines Klasseninteresse konnte schon solange nicht entstehen, wie Frauen noch rigider als Männer an das alte Parteiensystem gebunden waren, das die Frauen - im Unterschied etwa zu den Arbeitern, Angestellten und Selbständigen, den Katholiken oder Protestanten, der Stadt- oder Landbevölkerung - als eigene konfliktfähige soziale Gruppe nie definiert, nie anerkannt, nie zu integrieren versucht hatte."⁶¹

Mit dieser These macht Ursula Feist deutlich, daß die Frauen erst gleichberechtigt sein müssen, um ihre eigenen Interessen durchsetzen zu können. Ein Angleichungsprozeß hat stattgefunden, obwohl die Benachteiligung der Frauen auch heute noch gesellschaftliche Realität ist. Doch mit zunehmender Angleichung können Frauen selbstbewußter für ihre Unterschiedlichkeit eintreten, denn es geht um die Akzeptanz der Unterschiede, ohne sie wieder als Minderwertigkeit umzuinterpretieren. Daß es heute so weit gekommen ist, kann auch als von Frauen genutzte Chance aufgefaßt werden.

3.5 Zusammenhänge und Tendenzen

70 Jahre Frauenwahlrecht heißt auch 70 Jahre Teilhabe der Frauen am politischen Leben, und das, obwohl Historiker lange die Bedeutung der Frauenbewegung verschwiegen, obwohl Demographen Frauen selten als politisch relevante Gruppe behandelten, obwohl Soziologen sich kaum für die politische Diskriminierung von Frauen interessierten.

Durch dieses Jahrhundert zieht sich ein roter Faden der politischen Frauenpräsenz; er verdeutlicht das Ausmaß der Beteiligung der Frauen am politischen Leben. Mag dieser Faden auch in manchen Jahrzehnten sehr dünn gewesen sein, so kann er doch nicht geleugnet werden.

61 Feist (1986), S. 94

Auch verlief dieser Faden nicht immer stringent durch alle Parlamente, jedoch riß er auch nie ab, denn gerade die außerparlamentarische Arbeit war und ist für viele Frauen von großer Bedeutung.

Die *zunehmende* Bedeutung der Frauen für die Parlamente in den vergangenen fünf bis zehn Jahren scheint ein Phänomen des ausgehenden 20. Jahrhunderts zu sein. Die weitere Entwicklung wird sicher von vielen Menschen mit Spannung beobachtet.

Doch zeigte sich bereits in den vergangenen Jahrzehnten ein Entwicklungsprozeß der vermehrten Teilhabe der Frauen an der Politik. Die Überwindung der bewußt herbeigeführten Unmündigkeit der Frauen wurde von ihnen selbst betrieben, allen Widerständen zum Trotz haben sie sich zunehmend in den Parteien organisiert und machen mittlerweile ca. 25% aller Parteimitglieder aus.

In allen Parteien finden sich trotz rückläufiger Mitgliederzahlen stetig steigende Frauenanteile. Die SPD verdankte 1988 gar ihren seit 1980 erstmals wieder gestiegenen Mitgliederstand den Neuzugängen von Frauen.⁶²

Die erhöhte Bereitschaft von Frauen, sich parteipolitisch zu binden, ist wichtig, da dies eine wesentliche Voraussetzung für eine parteipolitische Karriere ist, denn der Weg in die Volksvertretungen führt in der Regel über die Parteien.

Der sprunghafte Anstieg der Anteil weiblicher Mitglieder in den überregionalen Parlamenten deutet ebenso wie die parteiliche Bindungsbereitschaft der Frauen auf gesellschaftliche Veränderungen hin. Zwar gab es in den kommunalen Parlamenten eine geringe, aber kontinuierliche Steigerung der Frauenquote von 8,3% (1973) auf 15,4% (1987), doch in den Länderparlamenten zeigte sich in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland eine Phase der Stagnation, bis es in den 80er Jahren zur Verdoppelung, in einigen Ländern sogar zur Verdreifachung des Frauenanteils kam.

In den höchsten deutschen Parlamenten fanden sich fast 70 Jahre lang nie mehr als 10% Frauen, bis im Jahre 1987 plötzlich 15,4% Frauen in den Elften Deutschen Bundestag einzogen. Somit sind Ende der 80er Jahre auf allen Parlamentsebenen durchschnittlich mehr als 15% Frauen zu finden. Diese Tatsache stellt viele Thesen in Frage, die bislang die Unterrepräsentanz der Frauen im politischen Leben zu erklären versuchten. So sind zum Bei-

62 Vgl. Nordwestzeitung vom 13. Februar 1989

spiel Frauen nicht mehr wie in früheren Jahrzehnten besonders stark in den kommunalen Parlamenten vertreten. Damit wird die Vermutung widerlegt, daß Frauen besonders die Vereinbarkeit von Familie und Politik suchen und deshalb die kommunalen Ebenen bevorzugen.

Seit einigen Jahren stimmt auch die These nicht mehr, daß Frauen aufgrund der Infrastruktur und der Sozialisationsbedingungen der Großstädte in diesen Parlamenten (vor allem in den Stadtstaaten) besonders stark vertreten sind, denn der Frauenanteil im Landtag von Schleswig-Holstein ist in den Wahlen 1987 und 1988 stark angestiegen und liegt mit 24,3% annähernd so hoch wie in Bremen, Berlin und Hamburg.

Auch die Überlegung, daß Frauen in den großen Parteien mehr Chancen haben als in den kleinen, ist seit dem Antreten der GRÜNEN überholt.

Einerseits scheint es einen Zusammenhang zwischen der Bereitschaft, sich parteipolitisch zu binden, und dem Anstieg der Kandidatinnenzahl und den dann erreichten Mandaten von Frauen zu geben, doch gibt es andererseits immer noch erhebliche Diskrepanzen zwischen dem gestiegenen Frauenanteil an der Parteimitgliedschaft (ca. 25%) und den erreichten Mandaten (ca. 15%) bei allen Altparteien.

Offenbar greift die Bereitschaft einer Partei, Frauen gezielt zu fördern, wesentlich stärker als der Anstieg des Frauenanteils in den Parteien. Die Quotierungsbeschlüsse der GRÜNEN beweisen das, denn keine Partei hat einen so hohen Frauenanteil in allen Parlamenten wie sie.

Doch auch die Vergabe sicherer Wahlkreise bzw. Listenplätze ist eine geeignete Maßnahme zur Hebung des Frauenanteils. Eine solche Strategie hat in Schleswig-Holstein zum Erfolg geführt.

Die Wahlbeteiligung der Frauen war während der 70er Jahre überraschend konstant und trotz einer stets geringfügig niedrigeren Wahlbereitschaft der Frauen, die in erster Linie auf die älteren Frauen zutrifft, den Männern sehr ähnlich. Das ist um so erstaunlicher, als in den vergangenen Jahren den Frauen eine massive parteipolitische Ignoranz entgegengebracht wurde.

Interessant sind auch die Wahlentscheidungen der Frauen, da hier eine deutliche Verschiebung weg von der CDU hin zur SPD und den GRÜNEN zu erkennen ist, was sich besonders deutlich bei den jungen Wählerinnen zeigt, jedoch regional bzw. konfessionell stark variiert.

Eine Untersuchung dieser Verschiebungen unter dem Aspekt frauenpolitischer Entscheidungen und Schwerpunkte wäre interessant, ist aber im Rahmen dieser Arbeit nicht zu leisten. Aber auch ohne gesichertes empi-

risches Material läßt sich ein Zusammenhang zwischen den steigenden Frauenanteilen auf allen Ebenen der Politik, dem Wahlverhalten und dem veränderten Frauenbild in der heutigen Gesellschaft vermuten. Dieses veränderte Rollenbild wird sicherlich vor allem durch die jüngeren Frauen getragen, die die Reduzierung auf Kinder und Küche ablehnen.

Daß es gerade bei den jungen Frauen vermehrt Wahlverweigerungen gibt, darf dabei jedoch nicht übersehen werden.

Auf mögliche Ursachen dieses sich verändernden Wahlverhaltens soll an anderer Stelle noch eingegangen werden (vgl. Kapitel 4.1.4).

Eine andere Gegenbewegung ist ebenso interessant wie erschreckend, nämlich die überproportional große Bereitschaft junger Menschen und hier besonders der Männer, rechtsradikal zu wählen, was die Analyse der Wahl 1989 in Berlin verdeutlichte. 15% der 18- bis 23jährigen wählten die Republikaner, die jungen Männer sogar zu 18,8%, die Frauen dieser Altersgruppe zu 9,1%.

Ähnlich fiel die Analyse der Kommunalwahlen 1989 in Hessen aus: 13% der männlichen Jugendlichen und 5,5% der weiblichen wählten die NPD:

"Daß die Rechtsradikalen auf junge Männer so attraktiv wirken, erklärt Hofmann-Göttig mit der 'männlichen Dominanz' bei den Rechten. Damit würden Männer mit 'Statusverunsicherung' angesprochen, die sich zum Beispiel nicht nur durch Ausländer, sondern auch durch die Emanzipation der Frauen bedroht fühlen. Die deutliche Distanz von Frauen zu den Rechtsradikalen sei einerseits eine Reaktion auf dieses männliche Gehabe, andererseits aber neigten Frauen traditionell nicht zu extremen Wahlentscheidungen."⁶³

Ob es sich hier um eine vorübergehende Erscheinung handelt, ist abzuwarten. Die Motivation für eine solche Wahlentscheidung muß im einzelnen untersucht werden. Trotzdem ist diese Entwicklung nicht zu unterschätzen, denn die reaktionären Ansätze der Gruppierungen des rechten Flügels stellen auch aus emanzipatorischer Perspektive eine große Gefahr dar.

Die in diesem Kapitel dargestellten Fakten sind nicht allumfassend. Es fehlen zum Beispiel Aussagen über Ministerinnen und Senatorinnen, die gerade durch die letzten Wahlen in Schleswig-Holstein und Berlin an Bedeutung gewannen. So wurde auch der politische Stellenwert eines GRÜNEN-

63 Frankfurter Rundschau vom 17.05.1989: "Vor allem junge Männer geben Republikanern und NPD ihre Stimme"

Frauenvorstandes in Bonn oder der GAL-Frauenliste in Hamburg nicht in die Betrachtung einbezogen. Trotzdem ist unverkennbar, daß auf dem Feld der Politik etwas in Bewegung geraten ist, und das, obwohl die Männer überall ihre Pfründe zu verteidigen suchen und eindringende Frauen bekämpfen, obwohl Frauen sich auch heute noch gegen Diskriminierung und Unterdrückung wehren müssen und ihnen nirgendwo um ihrer selbst willen ein roter Teppich ausgelegt wird.

Daß die Bewegung von und für Frauen auf allen politischen Ebenen stärker ist als je zuvor, läßt auf ein zügiges Fortschreiten der Gleichstellung der Frauen hin auf die paritätische Besetzung aller politischen Ämter hoffen. Trotzdem ist es notwendig, die Be- und Verhinderungen von Frauen in der Politik zu hinterfragen, um ihnen gezielt Maßnahmen entgegensetzen zu können.